

## **Schriftliche Kleine Anfrage**

**des Abgeordneten Günter Elste (SPD)**

### **Betr.: Transporte radioaktiven Materials über Hamburg**

1. Wie werden welche Transporte radioaktiven Materials in Hamburg und insbesondere über den Hamburger Hafen sowie auf Gleisanlagen der Bundesbahn durch welche Dienststellen erfaßt?
2. Wie viele Transporte radioaktiven Materials welcher Art erfolgten 1987 in Hamburg über den Hamburger Hafen und auf Gleisanlagen der Bundesbahn in Hamburg?
3. In welcher Form wird geprüft, ob die Deklaration solchen Transportgutes mit dem Inhalt der jeweiligen Ladung übereinstimmt?
4. Wie wird geprüft und sichergestellt, daß von den Transporten radioaktiven Materials keine Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung und insbesondere für die im Hafen beschäftigten Arbeitnehmer ausgeht?
5. Welche Möglichkeiten hat der Senat, solche Transporte radioaktiven Materials zu untersagen, und nach welchen Kriterien macht er davon Gebrauch?
6. Kann der Senat ausschließen, daß Transporte radioaktiven Materials in Hamburg ohne Kenntnis Hamburger Dienststellen erfolgen?

Wenn nein: Wie gedenkt der Senat diese Erfassungslücke künftig zu verringern bzw. zu schließen?

02. 02. 88

## **Antwort des Senats**

### **Zu 1.:**

Der Umschlag radioaktiver Stoffe jeder Art über den Hamburger Hafen ist nach § 5 Hafensicherheitsverordnung mit den geforderten Angaben spätestens 24 Stunden vor dem Umschlag bei der Wasserschutzpolizei anzumelden.

Bei Transporten, die Hamburg auf der Straße oder Schiene lediglich durchfahren, ist zu unterscheiden zwischen Transporten

- von Kernbrennstoffen und Großquellen (§ 4 Atomgesetz) sowie
- sonstigen radioaktiven Stoffen (Strahlenschutzverordnung).

Für Transporte sonstiger radioaktiver Stoffe im Sinne der Strahlenschutzverordnung werden Beförderungserlaubnisse von den dafür zuständigen Landesbehörden in der Regel pauschal für mehrere Transporte über einen längeren Zeitraum erteilt. Eine Meldepflicht für die danach abgewickelten Einzeltransporte besteht nicht.

Bei Straßentransporten von Kernbrennstoffen und Großquellen (§ 4 Atomgesetz) sind alle vom Transport betroffenen Länder 48 Stunden vorher mit genauen Angaben zu unterrichten. In Hamburg erhalten die BfL, die BAJS und die Umweltbehörde Kenntnis. Für Bahntransporte besteht keine entsprechende Verpflichtung. Sie werden in letzter Zeit zum Teil gleichwohl gemeldet.

**Zu 2.:**

Bei Transporten der Deutschen Bundesbahn erhält die zuständige Behörde nicht regelmäßig Kenntnis (vgl. zu 1.). Eine statistische Erfassung dieser Fälle erfolgt nicht.

Über den Hamburger Hafen wurden 1987 folgende Transporte umgeschlagen:

— Großquellen	6 Transporte,
— Kernbrennstoffe	26 Transporte,
— andere radioaktive Stoffe	63 Transporte.

Eine statistische Differenzierung, ob die Güter mit der Bahn angeliefert oder abgefahren werden, erfolgt nicht.

**Zu 3.:**

Die Übereinstimmung zur Deklaration und tatsächlichem Inhalt kann wegen der radioaktiven Eigenschaften nur am Beginn der Transportkette kontrolliert werden.

Kontrollen während der Beförderung bis zum Empfänger beschränken sich auf die Überprüfung

- der Übereinstimmung der Angaben in den Beförderungspapieren und Genehmigungen,
- der Verpackung, der Kennzeichnung und der Markierung auf den Behältnissen.

Daneben erfolgen stichprobenweise bzw. anlaßbezogen Messungen radioaktiver Strahlung an der Außenfläche der Verpackung.

Weitergehende Maßnahmen, wie z. B. die Analyse beförderter Stoffe, sind nur in hierfür zugelassenen Anlagen unter Einsatz technischer Einrichtungen und von Fachpersonal möglich. Diese besonders aufwendigen Maßnahmen sind nur bei Vorliegen konkreter Sicherheitsbedenken in Einzelfällen vorgesehen.

**Zu 4.:**

Die Sicherheitsvorschriften des Beförderungsrechts gewährleisten bei ihrer Einhaltung, daß Gesundheitsgefährdungen der Bevölkerung und der im Hafen beschäftigten Arbeitnehmer mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden können. Zusätzlich werden nicht angekündigte Kontrollen und stichprobenartige Messungen vorgenommen, um zu überprüfen, ob die jeweils zulässige Strahlungsintensität nicht überschritten wird.

**Zu 5.:**

Entsprechen Fahrzeug oder Ladung eines bereits begonnenen Einzeltransports nicht den Vorschriften, kann die zuständige Überwachungsbehörde nach § 8 Gefahrgutgesetz alle zur Herstellung der Sicherheit erforderlichen Maßnahmen treffen.

Bei Nichteinhaltung der oben erwähnten Vorschriften sowie bei Grenzwertüberschreitungen für die Gamma-Dosisleistung ist zunächst der Weitertransport von den zuständigen Behörden zu untersagen. Unter Abwägung aller Umstände ist anschließend über Rück- oder Weitertransport, ggf. unter zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen, zu entscheiden.

**Zu 6.:**

Der Senat kann nicht ausschließen, daß Transporte radioaktiven Materials in Hamburg ohne Kenntnis Hamburger Dienststellen erfolgen, da diese nur in den zu Frage 1 genannten Fällen Kenntnis erhalten.

Um die beim Transport von Kernbrennstoffen möglichen Gefährdungen sicher auszuschließen, muß sichergestellt werden, daß Inhalt und Deklaration übereinstimmen. Dafür fordert der Senat eine umfassende Kontrolle des Umgangs mit radioaktiven Stoffen, insbesondere bei den Versendern und Verwendern. Sollte die Bundesregierung entgegen den öffentlichen Ankündigungen des Bundesumweltministers dazu nicht bald geeignete Schritte einleiten, wird der Senat eigene Gesetzesinitiativen prüfen.